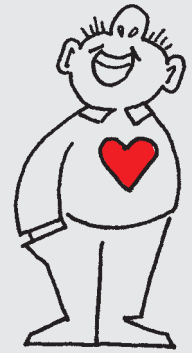


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

4 / 2008

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



Noch viele offene Baustellen

Die Legislaturperiode neigt sich langsam dem Ende, aber wesentliche Probleme werden diese Stadtverordnetenversammlung bis zum Schluss begleiten. Dabei geht es nicht nur um die echten Baustellen, wie auf der Wehrinsel.

Der Anteilsverkauf der Stadtwerke ist noch nicht in trockenen Tüchern. Die großen finanziellen Erwartungen der Finanzverwaltung sind erst mal geplatzt. Die Stadtwerke werden nicht zur Haushaltssanierung beitragen. Ob der Verkauf überhaupt noch Sinn macht oder wir die Sanierung nach Ausgliederung der Schwimmhalle selbst in die Hand nehmen sollten, wird sich erst in den nächsten Wochen entscheiden. Die Sanierung der Schwimmhalle findet sich als Projekt im Förderprogramm »soziale Stadt« wieder. Dies ist eine wunderschöne Wunschliste über 21 Millionen Euro. Viele der dort aufgeführten Projekte haben schon in so manchem Förderantrag gestanden. Am Ende zählt nur, was auch wirklich umgesetzt wird. Wunder wird es dabei nicht geben.

In der letzten Sitzung der SVV wurde ein Antrag unserer Fraktion zum Thema Kooperationsbeziehungen des Krankenhauses noch vom Bürgermeister und allen

anderen Fraktionen abgelehnt. Wenn diese Zeitung erscheint, wird die SVV in einer Sondersitzung wahrscheinlich einen Kooperationsvertrag beschlossen haben und der Bürgermeister dies als bahnbrechende Leistung verkaufen. Als seriösen Umgang mit Fraktionsanträgen kann man das wohl kaum bezeichnen.

Die Forster Wohnungsbaugenossenschaft ist in Insolvenz. Dies liegt nicht in Verantwortung der Stadt, weil die Genossenschaft kein städtisches Unternehmen ist. Auswirkungen auf die Gesamtsituation am Wohnungsmarkt hat diese Situation aber sicher. Wäre vor einigen Jahren die Genossenschaft bereit gewesen, mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft zu fusionieren, hätten wir heute wahrscheinlich ein Problem weniger.

Auch diese Baustelle wird uns weiter begleiten. Die meisten hier angesprochenen Themen werden ausschließlich nicht-öffentlich beraten und abgestimmt. Die Bürger erfahren kaum etwas darüber. So entstehen viele Gerüchte, die öffentlich nicht entkräftet werden dürfen. Mehr Öffentlichkeit würde manches Problem wohl eher lösen, und die Bürger wüssten dann auch, was ihre Stadtverordneten so treiben.

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst

Die öffentlichen Kassen wurden durch falsche Politik geleert

Nachlese zur Mitgliederversammlung

Am 03.04. hatte der Forster Ortsverband den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Neskovic zu Gast. Vor seiner Wahl als Bundestagsabgeordneter war Wolfgang Neskovic Richter am Bundesgerichtshof. Man kann an dieser Stelle nicht alle wichtigen Aspekte seines Vortrages erwähnen, aber zwei möchte ich besonders hervorheben. Seinen Vortrag begann er mit der These: Das Grundgesetz (GG) der Bundesrepu-

blik ist ideal für den demokratischen Sozialismus. Er begründete diese These anhand von Artikeln aus dem Grundgesetz. Genannt seien hier: Artikel 1

»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Mit einem Hartz-IV-Gesetz ist ein Leben in Würde nicht möglich. Aufgabe des Staates nach dem GG ist es aber, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. ➤ S. 2

Verschiebepark Rente

Um die Erhöhung der Renten im Jahr 2008 ist offenbar innerhalb der Regierungskoalition ein Streit entbrannt.

Die Regierungsparteien inszenieren in der Öffentlichkeit einmal mehr ihre Unfähigkeit zu einer ernsthaften Politik im Interesse der Menschen. In der Rentenpolitik ist eine sofortige Kehrtwende notwendig, damit Altersarmut nicht zum Normalfall wird. Wenn es die SPD ernst meint mit einer sozialen Rentenpolitik, dann muss sie sich die entsprechenden politischen Partner dafür suchen, die es auch im Bundestag gibt.

Die Union hat ja schon jetzt Angst vor dem Zorn aus den Zentralen der Wirtschaft, die gegen jeden zusätzlichen Cent für Rentnerinnen und Rentner Sturm laufen. Die jetzige Debatte verdeckt darüber hinaus einen wichtigen Fakt. Es handelt sich nicht um eine außerplanmäßige Rentenerhöhung, sondern lediglich um eine Verschiebung der schon beschlossenen Rentenkürzungen auf die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl. Die Regierung selbst hat zugegeben, dass die entsprechenden Kürzungen ab 2012 nachgeholt werden. Es handelt sich also um ein geschmackloses Theater auf dem Rücken der Rentnerinnen und Rentner. Der Streit innerhalb der Koalition um die Finanzierbarkeit zeigt vor allem eines: Union und SPD wissen in der Rentenpolitik längst nicht mehr, was sie tun. Man hat an der Rentenformel so viel herumgemurkst, dass sie heute nur noch ein Trümmerhaufen ist.

Klaus Ernst,
stellvertretender Vorsitzender des
Bundesvorstandes DIE LINKE

Die öffentlichen Kassen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Damit begründete er überzeugend, warum Schwache ein Gesetz und den Staat brauchen.

Die Bemühungen neoliberaler Politik, den Staat weiter abzubauen, richten sich gegen die Schwachen in dieser Gesellschaft und das muss verhindert werden.

Man könnte an dieser Stelle noch viel ausführlicher auf den Vortrag eingehen. Genannt sei aber noch der Artikel 79/3: »Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.« Diese Regelung wird als Ewigkeitsklausel bezeichnet und verbietet damit für alle Zeit die Aufhebung der Würde des Menschen (Artikel 1), das Sozialstaatsprinzip (Artikel 20) und die Aufhebung der Bundesstaatlichkeit.

Ich denke es wäre sicher interessant, das GG wieder mal zur Hand zu nehmen und nachzulesen. Das GG ist 1949 entstanden und die Väter dieses Gesetzes haben die Erfahrungen aus dem 2. Weltkrieg berücksichtigt. Das sollten wir dabei nicht vergessen. **Anke Schwarzenberg, Ortsvorsitzende DIE LINKE.**



MdB Wolfgang Neskovic (l.) machte in seinem Vortrag auch deutlich, dass falsche Politik zur Leerung der öffentlichen Kassen führte. Die Ortsvorsitzende der LINKEN Forst, Anke Schwarzenberg (r.), moderierte die Diskussion.

Foto: M. Loehr

Der Hauptausschuss des Landtages gab ein einstimmiges Votum für die Volksinitiative »Kostenfreie Schülerbeförderung ist machbar!« ab.

DIE LINKE beglückwünscht die Volksinitiative zu ihrem Erfolg und dankt den Akteuren für die geleistete, unermüdlige Arbeit. DIE LINKE hat von Anbeginn das Anliegen der Volksinitiative

Glückwunsch an die Volksinitiative

aktiv unterstützt. Sie hält deren Anliegen für berechtigt und die vorgeschlagene Änderung des § 112 im Brandenburgischen Schulgesetz für dringend notwendig. DIE LINKE sieht darin einen ersten Schritt zu einer elternbeitragsfreien Schülerbeförderung, dem eigentlichen Ziel der LINKEN. Mit der Änderung des § 112 ergibt sich aus Sicht der LINKEN für die Landesregierung die Notwendigkeit, die Landkreise

finanziell zu unterstützen, sodass diese in die Lage versetzt werden, nicht zwingend Elternbeiträge erheben zu müssen. Dabei muss der unterschiedlichen Situation in den einzelnen Landesteilen Rechnung getragen werden, um einen möglichst chancengleichen Zugang zur Bildung zu schaffen, wie ihn die Verfassung vorschreibt.

Kerstin Kaiser, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg

Konstituierung der AG »Soziales«



Am 20.03.08 trafen sich auf Vorschlag der Ortsgruppe DIE LINKE Abgeordnete, sachkundige Bürger, Mitglieder und Sympathisanten zur Bildung der AG »Soziales«.

Es wird angestrebt, dass immer ein bis zwei Mitglieder des Ortsvorstandes in dieser AG mitarbeiten. Als Schwerpunktthemen wurden herausgearbeitet:

- Hilfe bei der Arbeit mit Behinderten
- Fragen der Gesundheitspolitik
- Hilfe bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen
- Seniorenfragen
- Hilfe bei Problemen für Bürger mit Grundsicherung

Dazu gehören auch Rentner mit zusätzlicher Grundsicherung und sozial schwache Familien, die trotz Arbeit noch Grundsicherung erhalten.

Der nächste Treff der AG »Soziales« findet am 15.05.08 um 18:30 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN statt. Alle interessierten Bürger sind dazu recht herzlich eingeladen.

Elke Krättsch, Mitglied der AG »Soziales«

Hinweis zum Nachlesen

In der letzten Woche stellte der Sozialverband Volkssolidarität seinen Sozialreport 2007 vor, der vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum (SFZ) Berlin-Brandenburg e. V. erarbeitet wurde.

Die Studie betrachtet die finanzielle Situation älterer Menschen und warnt vor wachsender Altersarmut. Der vollständige Text steht auf der Internetseite der Volkssolidarität: www.volkssolidaritaet.de

Mitteilung des Ortsvorstandes

Unsere Leser können das Malxe-Blatt jetzt auch in digitaler Form erhalten.

Wer Interesse hat, schickt seine E-Mail-Adresse an: forst@dielinke-lausitz.de

Sie erhalten dann pünktlich jeden zweiten Montag im Monat unsere kleine Zeitung.

Kranzniederlegung

Am Donnerstag, dem 8. Mai, findet um 17:00 Uhr auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof eine Gedenkveranstaltung zum 63. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Armee der Antihitlerkoalition und der Beendigung des 2. Weltkrieges statt.

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte

Mo., 21.04.08, und Mo., 19.05.08
jeweils ab 10:00 Uhr
in der Geschäftsstelle der LINKEN,
Cottbuser Straße 54

Terminvereinbarung
über Frau Dr. Radochla,
☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52,

Beratungsgebühr
zwischen 5 und 10 Euro.

Zitat

»Der wichtigste Schlüssel für die wirtschaftliche Gesundung ist jedoch die Richtungsänderung in der Umverteilung wirtschaftlichen Reichtums. Solange die heutige Verteilungsweise von den armen zu den reichen Ländern, von unten nach oben existiert, wird das Geld sich im Geldsystem stauen, nicht vornehmlich in die Realwirtschaft fließen, sondern in das Geldsystem selber. Solcher Kreislauf kann nur globale wirtschaftliche Labilität erzeugen, die jederzeit, auch durch relativ geringfügige Anlässe ausgelöst, zu schweren globalen Krisen führen kann.«
Harry Nick im »ND« vom 04.04.08



Der Bundesgeschäftsführer meint Presseerklärungen von Dietmar Bartsch zu aktuellen Themen

Gesundheit: Wunsch bleibt Wunsch

Die angekündigten Beitragserhöhungen für die Gesetzlichen Krankenkassen zeigen deutlich: das Herzstück der großkoalitionären Reformbemühungen, die Gesundheitsreform, ist bestenfalls ein Genesungswunsch für ein angeschlagenes System. Eine wirklich notwendige, grundsätzliche Reform hat es nicht gegeben.

Steigende Beiträge und Leistungseinschränkungen manifestieren eine Zwei-Klassen-Medizin. Vor allem dann, wenn Abwanderungen in die private Krankenversicherung, also eine Flucht aus der solidarischen Verantwortung, weiter problemlos möglich ist. So werden Privatpatienten vom Ärztemangel weit weniger betroffen sein, als die gesetzlich Versicherten und hier vor allem die im Osten, wo der Mangel an Ärztinnen und Ärzten schon jetzt deutlich spürbar ist.

Es muss Schluss sein mit voreiligen Versprechungen à la Ulla Schmidt und den kurzsichtigen Reparaturen, ein grundsätzlicher Systemwechsel ist nötig. DIE LINKE fordert eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und bei der alle Einkommensarten herangezogen werden. Nur so kann eine qualitativ hochwertige garantierte Gesundheitsversorgung für alle Menschen erreicht werden.

»Wir sind allhier!«

Es ist eine märchenhafte Situation: Egal ob der Hase nun Union, SPD oder FDP heißt – DIE LINKE kann rufen »Wir sind allhier!«

Ich begrüße die Vorschläge aus den Reihen von CDU und SPD zur gesetzlichen Begrenzung der Managergehälter ausdrücklich. Zum dritten Mal innerhalb weniger Tage werden Positionen aufgegriffen, für die DIE LINKE schon lange steht. Ob es Union und SPD mit der Forderung allerdings ernst meinen, ist fraglich. DIE LINKE stellte am 16. November 2007 im Bundestag einen Gesetzentwurf zur namentlichen Abstimmung, der die Begrenzung der Managergehälter auf das 20-fache des niedrigsten Gehalts vorsah – durch die Bank lehnten die Koalitionsparteien dies ab.

DIE LINKE bleibt dabei: Eine Begrenzung der horrenden Managergehälter nach oben ist zwingend nötig ebenso wie ein gesetzlicher, allgemeiner Mindestlohn von über 8 Euro zur Begrenzung des Lohnverfalls nach unten. Sollte die Koalition ihre jetzige Position in einen Antrag gießen, wird die Umsetzung im Bundestag an der LINKEN nicht scheitern.

PS: Wenn CDU und SPD Vorschläge der

LINKEN aufnehmen und als ihre präsentieren, ist das zumindest unsererseits keine Option für zukünftige Koalitionen.

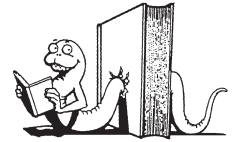
Weder Ruhmesblatt noch Ruhekissen

Zur Situation auf dem Arbeitsmarkt
im März 2008

3,507 Millionen Erwerbslose sind weder Ruhmesblatt noch Ruhekissen für die Bundesregierung, zumal der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit vor allem saisonal bedingt ist. Es ist ein Skandal, dass die Lücke zwischen Ost und West immer weiter auseinanderklafft.

In Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit mit 14,4 Prozent erneut mehr als doppelt so hoch wie in den alten Ländern mit 6,8 Prozent. Der seit Monaten anhaltende statistische Aufwärtstrend geht einher mit dem Abbau von Existenz sichernden Arbeitsplätzen in Großunternehmen und der Zunahme von Billigjobs, Leiharbeit und prekären Arbeitsverhältnissen. Hier ist die Bundesregierung und allen voran SPD-Arbeitsminister Scholz gefordert, die moderne Lohnklaverei endlich mit wirksamen

Unser Buchtipps



Empfohlen von Wolfgang Neskovic

Heribert Prandl:

**»Kein schöner Land« –
Die Zerstörung
der sozialen Gerechtigkeit**

Preis: 12,95 Euro

Heribert Prandl ist derzeit u.a. Dozent an den Journalistenschulen in Hamburg und München. Den promovierten Juristen stuft man oft als engagierten linksliberalen Verteidiger eines liberalen und weltoffenen Rechtsstaates ein. In diesem Taschenbuch fordert er nicht dozierend, aber entschieden, die Beachtung der Grundrechte ein.

Mitteln zu bekämpfen. Ein Konzept des Arbeitsministers kann ich nicht erkennen. Der Weg, dies über branchenspezifische Mindestlöhne zu tun, hat sich als Sackgasse erwiesen. Es gibt keine Alternative zu einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mehr als 8 Euro. Branchenmindestlöhne können allenfalls ein erster Schritt sein. (siehe auch *Statistisches für Brandenburg*)

Statistisches für Brandenburg (Stand: 3. April 2008)

Arbeitslose: 193 494 (14,3 Prozent, Forst 19,5 Prozent)

davon SGB II (Hartz IV): 130 574 (67,5 Prozent)

davon SGB III (Arbeitslosengeld I): 62 920 (32,5 Prozent)

sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: 717 500 (Januar 2008, Oktober 2007: 741 700)

Langzeitarbeitslose über 50 Jahre: 57 100 (29,5 Prozent)

Offene Stellen: 14 080 (7,69 offene Stellen pro 100 Arbeitslose) – trotz Aufschwung in erster Linie also kein Vermittlungsproblem, sondern nach wie vor zu wenige Arbeitsplätze

Beschäftigungszuwachs: von Dezember 2006 bis Dezember 2007 Anstieg um 13 000 sozialversicherungspflichtige Stellen – davon 4 900 in der Zeitarbeitsbranche

Personen in Maßnahmen der Arbeitsförderung: 14 100 (davon allein 11 800 in sogenannten Ein-Euro-Jobs)

Aufstocker: 64 457 (Mai 2007) davon 36 118 Aufstocker mit Vollzeitjob

Berufspendler: 227 000 Brandenburgerinnen und Brandenburger pendeln täglich über die Landesgrenze zur Arbeit, ein weiteres Viertel aller Beschäftigten pendelt innerhalb des Landes vom Wohn- zum Arbeitsort

Kinderarmut: 70 000 Kinder leben in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften (regional wachsen bis zu 30 Prozent der Kinder in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften auf – bundesweit sind es 14 Prozent)

Nettoeinkommen je Haushalt: 1.538 Euro (2006), 2002 waren es noch 1.591 Euro

Arbeitszeiten: in Brandenburg am längsten mit 1 515 Stunden pro Jahr (2007), Bundesdurchschnitt: 1 433 Stunden, in den alten Ländern: 1 418

Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide: 7 360 im Jahr 2007 (2006: 4 758)

Zusammengestellt von Christian Goerke,
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE im Landtag Brandenburg

Petra Paus Newsletter

Die LINKE ist kein Versuchskarnickel

SPD-Vize Steinmeier will »nach der Bundestagswahl 2009 keine Experimente mit der Linkspartei eingehen«.

Richtig: DIE LINKE ist eine solidarische Partei und kein Versuchskarnickel.

LIDL-Entschuldigung unglaublich – Datenschutzrecht stärken

Der Discounter LIDL versucht sich dafür zu entschuldigen, dass er mit Kameras und Detektiven Mitarbeiterinnen und Kunden bespitzelt hat.

Die von LIDL veröffentlichte Entschuldigung ist völlig unglaubwürdig. Denn »betroffen« zeigt sich der Billigdiscounter vor allem darüber, dass er »seitens der Presse mit Vorwürfen konfrontiert« wurde, »Mitarbeiter zu überwachen«. Zudem ist die LIDL-Erklärung belanglos. Gefragt ist vielmehr der Bundestag. Er muss endlich ein Datenschutzrecht schaffen, das alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor derartigen Schnüffelpraktiken schützt.

Computerklau und Datenschwund – Schäuble in Erklärungsnot

Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Frage der FDP sind in Bundesbehörden seit dem 1. Januar 2005 rund 500 Computer verschwunden.

Materiell bedeutet das, dass jeden zweiten Tag ein Computer verschwunden ist. Demnach sind die Bundesbehörden ein gefragter Selbstbedienungsladen für Notebooks und PC. Wie viele Daten, auch persönliche, damit abhanden kamen, lässt sich bestenfalls ahnen. Aber offenbar sind die Bundesbehörden eine freizügige Daten-Börse ohne gleichen. So weit, so

schlecht. Doch nun meint ein Sprecher des Bundesinnenministeriums auch noch, das sei alles nicht beunruhigend. Der Computerschwund liege, gemessen an der Zahl der Bundes-Beschäftigten und verglichen mit der Privatwirtschaft, »im absolut üblichen Verhältnis«. Demnach wären Computerklau und Datenschwund die Regel von der Ausnahme. Und spätestens damit kommt Bundesinnen- und Verfassungsminister Wolfgang Schäuble in erhöhte Erklärungsnot.

Rechtsextremismus – es ist noch schlimmer

BKA-Chef Jörg Ziercke sieht bei rechtsextremem Kriminalität keinen Grund für eine Entwarnung, da im Schnitt in Deutschland jeden Tag eine fremdenfeindlich motivierte Gewalttat begangen werde.

Der Befund ist noch schlimmer. Im bundesweiten Schnitt werden stündlich 2 1/2 Straf- und täglich 2 1/2 Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund registriert. Das sind die offiziell eingeräumten Zahlen. Sie stapeln tief. Real sind es mehr. Entsprechend hoch ist auch die Zahl der Opfer rechtsextremistischer Gewalt. Oder anders formuliert: Rechts-Extremismus, Rassismus und Antisemitismus sind hierzu-lande längst wieder eine Gefahr für Leib und Leben.

Mehr Verklärungs-Gefahren als Erklärungs-Chancen

Die Bundesregierung hat den Aufbau einer »Erinnerungsstätte über Flucht und Vertreibung« beschlossen.

Das ist eine schlechte Entscheidung. Eine Erinnerungsstätte über Flucht und Vertreibung, noch dazu aus deutscher Sicht, birgt mehr Verklärungs-Gefahren, als Erklärungs-Chancen. Sinnvoller wäre ein »Zentrum gegen Krieg«, wie es vom Willy-Brandt-Kreis vorgeschlagen und von mir unterstützt wird. Denn Vertreibung war kein singuläres Ereignis, sondern eine von vielen dramatischen Kriegsfolgen.

(Petra Pau ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied des Innenausschusses)

PINNWAND

Termine

Di., 15.04., 18:30 Uhr, Gaststätte »Hornoer Krug«:
Gemeinsame Sitzung der Fraktion DIE LINKE
der SVV und des Ortsvorstandes Forst

Di., 22.04., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Sitzung der Fraktion DIE LINKE der SVV Forst

Mo., 05.05., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
AG »Malxe-Blatt«

Di., 06.05., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Sitzung der Fraktion DIE LINKE der SVV Forst

Andersrum

Zwar sei die Präsidentenwahl in Russland weder fair noch frei verlaufen, dennoch spiegele das Ergebnis den Willen des Volkes wider. Hierzulande ist es genau umgekehrt.
CARLO DIPPOLD

Geburtstage

20.04.: 74 Jahre, Genn. Gertraud Mahling
21.04.: 83 Jahre, Genn. Ingetraud Daniels
01.05.: 85 Jahre, Gen. Helmut Kleiber in Döbern
10.05.: 67 Jahre, Gen. Eugen Rudolph in Groß Schacksdorf
13.05.: 89 Jahre, Genn. Elisabeth David
20.05.: 77 Jahre, Gen. Hans-Joachim Lapuhs

Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!

Minderheit

Unser Grundgesetz gebietet den Schutz von Minderheiten. Das gilt auch für die oberen Zehntausend.
WOLFGANG MOCKER

Handeln!

Roland Koch hat in der Wahl-nacht von Hessen laut eigener Aussage an Rücktritt gedacht. – Der erste Gedanke ist eben oft der beste.
FBK

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.